

TREIBHAUSGASE HALBIEREN!

Wahlprüfsteine: Was versprechen die Parteien zur Kommunalwahl 2009 in Köln?

GEBIET	CO ₂ -EINSPARPOTENZIALE*	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Konsum	2,8 t Reduzierung	●	●	●	●	●
Heizung	2,0 t Dämmung, Erneuerbare Energien	●	●	●	●	●
Ernährung	1,7 t Vegetarisch, Bio, Saisonal, Regional	●	●	●	●	●
Auto	1,6 t Rad, Bus, Bahn	●	●	●	●	●
Fliegen	0,9 t Flugverzicht	●	●	●	●	●
Strom	0,8 t Einsparung, echter Ökostrom	●	●	●	●	●
Infrastruktur	1,3 t Stadtpolitik	●	●	●	●	●

Legende: ● keine Unterstützung ● etwas Unterstützung ● Unterstützung

*Einsparpotenzial in Tonnen (t) pro Person und Jahr in Deutschland
(CO₂-Rechner Greenpeace)

ERLÄUTERUNGEN

KONSUM: Eine Zurückhaltung im privaten Konsum wird von den Parteien nicht thematisiert. In diesem Zusammenhang wollen lediglich Grüne und Linke die Beschaffungspolitik der Kommune sozial und ökologisch ausrichten.

HEIZUNG: Alle Parteien fordern die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude und – außer der FDP - energiesparende Projekte der Wohnungsbaugesellschaften als Vorbild für privates Bauen. SPD und Grüne wollen Energieberatungsstellen einrichten. Die Linke wünscht ein Beschäftigungsprogramm zur Sanierung im öffentlichen Wohnungsbau.

ERNÄHRUNG: Der Konsum von Fleisch und Milchprodukten, über die Massentierhaltung und die Rodung von Urwald, verursacht hohe Emissionen. Trotzdem erwägt fast keine der Parteien etwas gegen dieses Problem zu tun. Einzig die Grünen fordern eine Unterstützung der regionalen und Biomärkte und die Ausweisung neuer Kleingärten.

AUTO: Alle Parteien beabsichtigen den Umweltverbund (Fußgänger, Radfahrer, und ÖPNV) zu fördern. Grüne, Linke und SPD wollen den motorisierten Individualverkehr zurückdrängen, CDU und FDP wollen ihn erleichtern.

FLIEGEN: Obwohl das Fliegen in der persönlichen CO₂-Bilanz einer der wichtigsten Faktoren ist, traut sich keine Partei an die Verringerung des Flugverkehrs. CDU, FDP und SPD streben ein Wachstum des Flughafens und eine bessere Anbindung an, die Grünen und die Linke fordern ein Nachtflugverbot.

STROM: Alle Parteien fordern Maßnahmen zur Stromeinsparung, einen größeren Anteil an Ökostrom und Effizienzsteigerung bei der Stromerzeugung. Linke und SPD wollen Sozialtarife, gebunden an Energiesparmaßnahmen, einführen. Die Linken fordern die Rekommunalisierung der RheinEnergie, die Grünen die Einführung von Stromspartarifen.

INFRASTRUKTUR: Alle Parteien erwähnen die Vorbildfunktion der Stadt für die Bürger. CDU und FDP sehen Stadtentwicklung unter dem Primat der Wirtschaftsförderung. Ohne Rücksicht auf die Bedeutung von (ohnehin knappen) Freiflächen fordern sie die Ausweisung neuer Flächen für Gewerbeansiedlung und Einfamilienhäuser. Auch die SPD befürwortet Neubauvorhaben von Gewerbe und Wohnsiedlungen, wobei der Konflikt zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen zumindest erwähnt wird. Grüne und die Linke fordern die Erhaltung bzw. Ausweitung aller Grünanlagen (CO₂-Senken), sehr sparsamen Flächenverbrauch und die Vermeidung langer Wege.

RANKING: Von der Perspektive des Klimaschutzes sieht das Gesamtranking so aus: Grüne, Linke, SPD, CDU, FDP.

QUELLEN: Die Wahlprogramme der Parteien. www.gruenekoeln.de, www.die-linke-koeln.de, www.koelnspd.de, www.cdu-koeln.de, www.fdp-koeln.de. Die Wahlprogramme sind - mit Ausnahme des CDU-Programms - sehr lang. Hier folgt eine Zusammenfassung der einzelnen Programme vom Klimaschutzstandpunkt:

Die Grünen: Die Grünen setzen die Themen „Ökologisches und nachhaltiges Köln“ sowie „Energie und Klimaschutz“ an den Anfang ihres 24-teiligen Programms. Die CO₂-Reduktionsziele des Städtebündnisses werden als Richtlinie anerkannt, und ein entsprechender Forderungskatalog enthält alle einschlägig bekannten Maßnahmen zur Energieeinsparung, Effizienz und Umstellung auf Erneuerbare. Auf schon durch Rot-Grün eingeleitete Maßnahmen wird verwiesen und die Vorbildfunktion der Stadt (insbesondere im Wohnungsbau durch die GAG) betont.

Auch in den Kapiteln „Stadtentwicklung“ und „Verkehr“ hat der Klimaschutz zentrale Bedeutung. Hier gibt es einige ungewohnte Ideen: Umwandlung leerstehender Büroflächen in Wohnraum, Vermeidung neuer Flächenversiegelung (wie aber zu vereinbaren mit der „Schaffung von 1000 qm preiswerten Wohnungen pro Jahr“?), verstärkte Nutzung von Industrie-, Bahn- und Militärbrachen (die dann allerdings auch zum Teil versiegelt würden), Vorrang für Fußgänger und Fahrradfahrer unter dem Stichwort „Entschleunigung“, Rückbau großer Durchfahrt- und Einfallstraßen, relativ gemäßigte Einzelmaßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV.

Ein Umdenken hin zu einem klimaverträglicheren Lebensstil ist in fast allen Programmteilen erkennbar, wird aber an manchen Stellen auch fragwürdig, besonders wo es um Wirtschaftsentwicklung geht. „Medien- und Kulturwirtschaft, Finanzdienstleister, Kongresswesen, Städtetourismus“, als Kölner Stärken hervorgehoben, sind kaum klimaneutral zu haben.

Die Linke: Insgesamt wird das sehr ausführliche Programm von den traditionellen Anliegen - soziale Gerechtigkeit, eine starke „Öffentliche Hand“, Arbeitsplätze – getragen. Aber das 8. Kapitel - Ökologie, Umwelt- und Naturschutz – wird mit der Forderung eingeleitet, „jedes kommunalpolitische Handeln konsequent auf Ökologie, Umwelt- und Naturschutz hin zu überprüfen“. So wird Umwelt- und Klimaschutz explizit zu einem zweiten, gleichberechtigten Leitgedanken neben der sozialen Gerechtigkeit erklärt. „Es ist eine große Aufgabe, die Städte an die ökologischen und sozialen Erfordernisse der kommenden Jahrzehnte anzupassen“, wobei „ökologische und soziale Frage eng zusammenhängen.“ Schade, dass dieser Grundgedanke nicht am Anfang des Programms steht und nicht alle Programmteile durchzieht. Ähnlich wie bei den Grünen sind alle wesentlichen klimarelevanten Forderungen in den Bereichen Energie, Flächennutzung, Verkehr enthalten, und zwar besonders konkret, Kölnspezifisch und an den Bedürfnissen der unteren Einkommensschichten orientiert. Im Zweifelsfall wird die Linke jedoch das Arbeitsplatzargument dem Klimaschutz vermutlich vorziehen, wie aus dem ausdrücklichen Festhalten am Flughafen in dieser Größenordnung zu ersehen ist.

SPD : Im Kapitel „Umweltpolitik für Köln“ wird die Ausweitung schon existierender Anstrengungen im Klimaschutz gefordert: Energieeinsparung u.a. durch Wärmedämmung öffentlicher Gebäude und Energiesparprojekte in Schulen, Energieberatung für Betriebe und Bürger, Vorbildfunktion der städtischen Wohnungsbauunternehmen, klimafreundliche Energieversorgung durch die Rheinenergie (Ausbau des Fernwärmenetzes und der Sonnenenergienutzung u.a.) In den Kapiteln „Nachhaltige

Stadtentwicklung“ und „Verkehr in Köln“ betont die SPD die Notwendigkeit langfristig verbindlicher Gesamtkonzepte, deren Grundgedanken umrissen werden. Der Klimaschutz spielt gegenüber der Wirtschaftsförderung und städtischen Attraktivität eine nachgeordnete, aber doch explizit betonte Rolle (neue Siedlungsflächen nur mit Anbindung an ÖPNV, Nutzungsmischung in den Stadtvierteln zur Vermeidung langer Wege, Reduktion des Autoverkehrs, weit reichende, recht utopisch anmutende Verlängerungen von Straßenbahnlinien). Was den Widerspruch zwischen ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen betrifft, bleibt das Programm hinter dem vorigen SPD-Programm zurück! Dort wurde z.B. die „knappe Ressource Fläche“ reflektiert und von daher ein sehr sparsamer Flächenverbrauch – z.B. durch Umwidmung von Büro- in Wohnraum - gefordert. Das neue Programm setzt stärker auf Wachstum und Bautätigkeit - neue Gewerbeflächen, neue Wohnsiedlungen - mit den Klimazielen des Städtebündnisses, zu denen die SPD sich bekennt, wohl kaum vereinbar.

CDU: Im Programm „11 Punkte für Köln“ führen die Förderung des Flughafens, die Wirtschaftsförderung, die Neu-Ausweisung von Gewerbeflächen und Einfamilienhaussiedlungen den Forderungskatalog an – ohne Rücksicht auf die klimaschädlichen Auswirkungen. Der Klimaschutz findet weiter hinten unter Punkt 7 (Umwelt/Grün/Gesundheit/Sport) sehr kurze und nur indirekte Beachtung: Die „großen Mengen an Emissionen“, die durch Energieverbrauch entstehen, sollen durch Energiesparmaßnahmen, Gebäudesanierung und Erneuerbare Energie vermindert werden. Das Wort „Klima“ wird vermieden, es scheint eher um ökologische Mindeststandards zu gehen. „Ebenso soll die Dachbegrünung und Fassadenbegrünung in stärkerem Umfang genutzt werden“, so heißt es wörtlich. Wie verträgt sich diese alt-grüne Idee mit Wärmedämmung und Solaranlagen? Den Verkehr will die CDU „partnerschaftlich“ regeln (zwischen Auto, Fahrrad, Fußgänger, Bahnen!). Der ÖPNV soll durch einige Verbesserungen Attraktivität gewinnen, Radwege sollen eher ausgebessert als ausgebaut werden. Ein vom Klimaaspekt her sehr unbefriedigendes Programm!

FDP: Unter den 17 Themenschwerpunkten des FDP-Programms vermisst man ein Kapitel zum Klimaschutz. Ein kurzer Absatz zum Thema ist dem Kapitel „Köln kann mehr für Gesundheitsfürsorge“ angehängt (Wärmedämmung, moderne Energieerzeugung in Schulen, LED-Beleuchtung im öffentlichen Raum), und das Kapitel „Mehr für Mobilität“ enthält neben umfassenden Zugeständnissen an den Autoverkehr einige Fahrrad- und ÖPNV-freundliche Vorschläge. Betont wird, es gebe „keinen Anlass, dass die Stadt den Bürgern Vorschriften zum Klimaschutz macht“. Der individuellen Freiheit wird mit vielen Forderungen Vorrang vor den Erfordernissen des Klimaschutzes eingeräumt: u. a. Bau von Umgehungsstraßen, mehr Parkplatzangebote, keine weiteren Geschwindigkeitsbegrenzungen, Erweiterung des Flughafens, großzügige Ausweisung neuer Gewerbeflächen, Privatisierung kommunaler Betriebe.